

Rente mit 63 zeigt erste Nachteile

MINT-Frühjahrsreport 2015. Vor allem in den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen dünnt die Zahl der älteren Facharbeiter aufgrund der Rente mit 63 zusehends aus. Besonders hart trifft es die ostdeutschen Bundesländer.

Die sogenannten MINT-Berufe – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – sind schon seit Jahren ein Synonym für den Fachkräfteengpass in Deutschland. Für diejenigen, die eine entsprechende Tätigkeit ausüben, stellt sich die Sache jedoch ganz anders dar – aus ihrer Sicht ist alles prima und sie können sich aus allen Angeboten das beste aussuchen.

Auch Ältere finden ohne Probleme einen Job: In jedem der sechs Quartale von Anfang 2013 bis Sommer 2014 gab es bei den mindestens 63-jährigen Beschäftigten einen Zuwachs zwischen 1,5 und 5,7 Prozent. Damit haben sich die MINT-Berufe noch besser entwickelt als die Beschäftigung insgesamt.

Dann kam der 1. Juli 2014, der Tag, an dem in Deutschland die

Rente mit 63 eingeführt wurde – seitdem ist die positive Entwicklung abgerissen (Grafik):

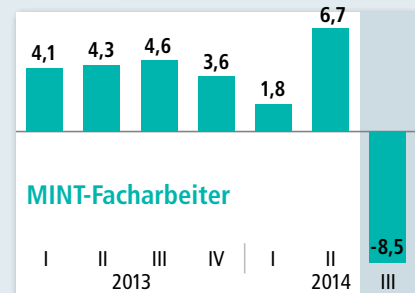
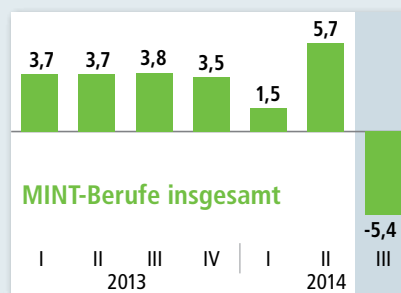
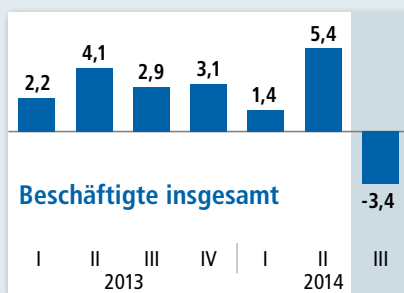
Bereits drei Monate nach Einführung der Rente mit 63 ist die Zahl der mindestens 63-jährigen Beschäftigten insgesamt um mehr als 3 Prozent gesunken – bei den MINT-Facharbeitern sogar um fast 9 Prozent.

Mit dem Verlust von rund 5.200 Facharbeitern mussten die MINT-Branchen mehr als ein Viertel des gesamten Beschäftigungsrückgangs verkraften, der auf die Rente mit 63 zurückzuführen ist. →

Rente mit 63: Aderlass der Älteren

Um so viel Prozent hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Altersgruppe ab 63 Jahren im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal verändert

1. Juli 2014:
Einführung der Rente mit 63



Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 21

Inhalt

Emissionshandel. Ab 2019 will die EU überschüssige Verschmutzungsrechte aus dem Handel nehmen, um den Preis für die Zertifikate nach oben zu treiben.
Seite 3

Altersarmut. Rentner sind oft vermöglicher als gedacht: Die Hälfte der über 64-Jährigen verfügt über ein Nettovermögen von mindestens 55.000 Euro.
Seite 4-5

Arbeitslosigkeit. In den vergangenen Jahren haben sich die EU-Regionen unterschiedlich entwickelt – die höchste Arbeitslosenquote verzeichnet mit 35 Prozent Andalusien.
Seite 6-7

Arbeitsmarkt. Obwohl es in Ostdeutschland schwieriger ist, einen Job zu finden als in Westdeutschland, arbeiten im Osten mehr Frauen Vollzeit als im Westen.
Seite 8

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Der Grund für diese hohe Quote ist, dass MINT-Facharbeiter idealtypische Anwärter für den vorzeitigen Ruhestand sind: Die meisten sind Männer und haben wegen der hohen Arbeitsplatzsicherheit in diesen Berufen und ohne familiäre Auszeiten eine lückenlose Erwerbsbiografie. Sie kommen also recht oft auf die 45 Beitragsjahre, die erforderlich sind, um abschlagsfrei vorzeitig in Rente gehen zu können.

Auf der Ebene aller MINT-Berufe fällt der Beschäftigungsrückgang bei den mindestens 63-Jährigen mit gut 5 Prozent etwas geringer aus als bei den MINT-Facharbeitern. Die Erklärung: Zu dieser Gruppe zählen auch Akademiker – und die kommen wegen ihrer längeren Ausbildung selten auf 45 Beitragsjahre.

Dass die negative Beschäftigungsentwicklung tatsächlich auf die neue Rentenregelung zurückzuführen ist und nicht etwa auf eine allgemeine Verschlechterung der Beschäftigungschancen Älterer, zeigt eine andere Statistik. Demnach ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in allen Berufsgruppen und in allen Altersgruppen zwischen 55 und 62 Jahren auch nach Einführung der Rente mit 63 gestiegen.

Für die MINT-Berufe ist der Aderlass in der Generation 63plus umso schlimmer, als sie angesichts der demografischen Entwicklung ohnehin immer größere Probleme haben, ihren Fachkräftebedarf zu decken. So wie der Altersdurchschnitt der

Bevölkerung insgesamt Jahr für Jahr steigt, so werden auch die Belegschaften immer älter (Grafik):

In Westdeutschland sind durchschnittlich 16 Prozent der MINT-Beschäftigten älter als 55 Jahre – in Ostdeutschland bereits 20 Prozent.

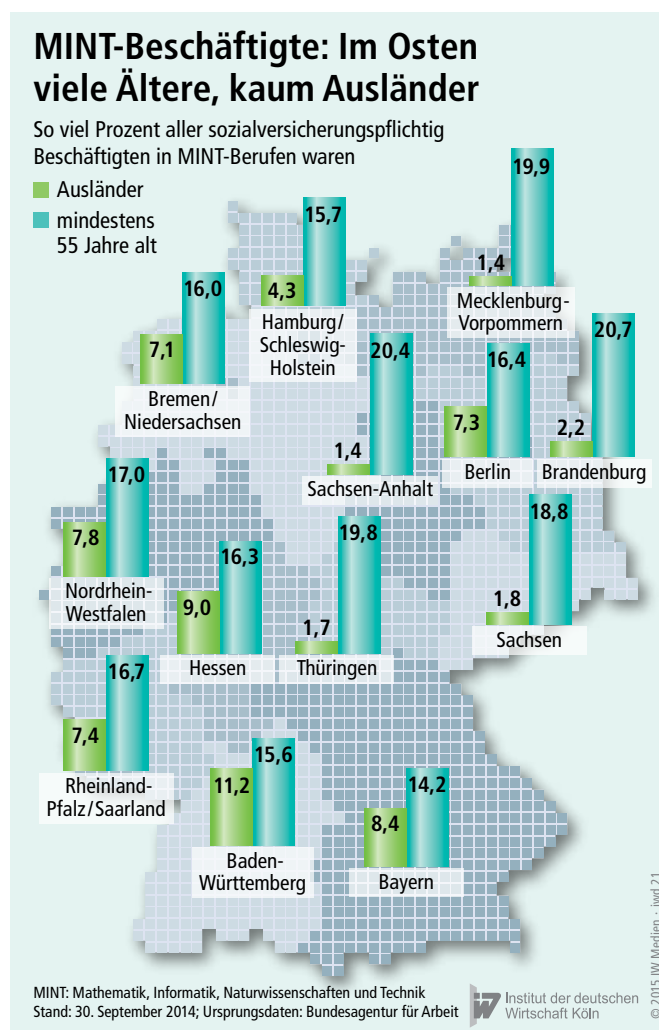
Alle ostdeutschen Flächenländer stehen deshalb vor der Aufgabe, in den kommenden Jahren einen besonders großen Anteil ihrer MINT-Belegschaften altersbedingt ersetzen zu müssen. In den übrigen Landes-teilen ist das Problem deutlich geringer. Seit Jahren versuchen die MINT-Unternehmen – aber nicht nur sie –, den zunehmenden Fachkräfteengpass zu beseitigen, indem sie sich verstärkt um Mitarbeiter aus dem Ausland bemühen. Aus gesamtdeutscher Sicht hat das funktioniert:

Vom vierten Quartal 2012 bis zum dritten Quartal 2014 ist die Beschäftigung von ausländischen MINT-Kräften bundesweit um 11,3 Prozent gestiegen – gut viermal so stark wie bei deutschen MINT-Arbeitnehmern.

In den akademischen MINT-Berufen war die Beschäftigungsdynamik ausländischer MINT-Arbeitskräfte dreimal so hoch wie bei ihren deutschen Pendanten, bei MINT-Facharbeitern sogar fünfmal. Der Beitrag ausländischer Arbeitskräfte zur Fachkräftesicherung reicht also vom Elektriker bis zum Ingenieur – nur gilt das bei weitem nicht für alle Bundesländer.

Während in den innovationsstarken Flächenländern Baden-Württemberg, Hessen und Bayern zwischen 8 und 11 Prozent aller MINT-Beschäftigten eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, kommen die ostdeutschen Flächenländer nur auf Anteile von 1,4 bis 2,2 Prozent.

Ostdeutschland steht also vor einem doppelten Problem: Dort gibt es überdurchschnittlich viele ältere MINT-Beschäftigte, die in den kommenden Jahren ersetzt werden müssen – und gleichzeitig extrem wenige ausländische Kräfte, die diese Lücken füllen könnten. Ohne besondere Anstrengungen bei der Willkommenskultur droht die Innovationskraft in den ostdeutschen Regionen zu erodieren.



Christina Anger, Oliver Koppel,
Axel Plünnecke: MINT-Frühjahrs-
report 2015
iwkoeln.de/studien/gutachten

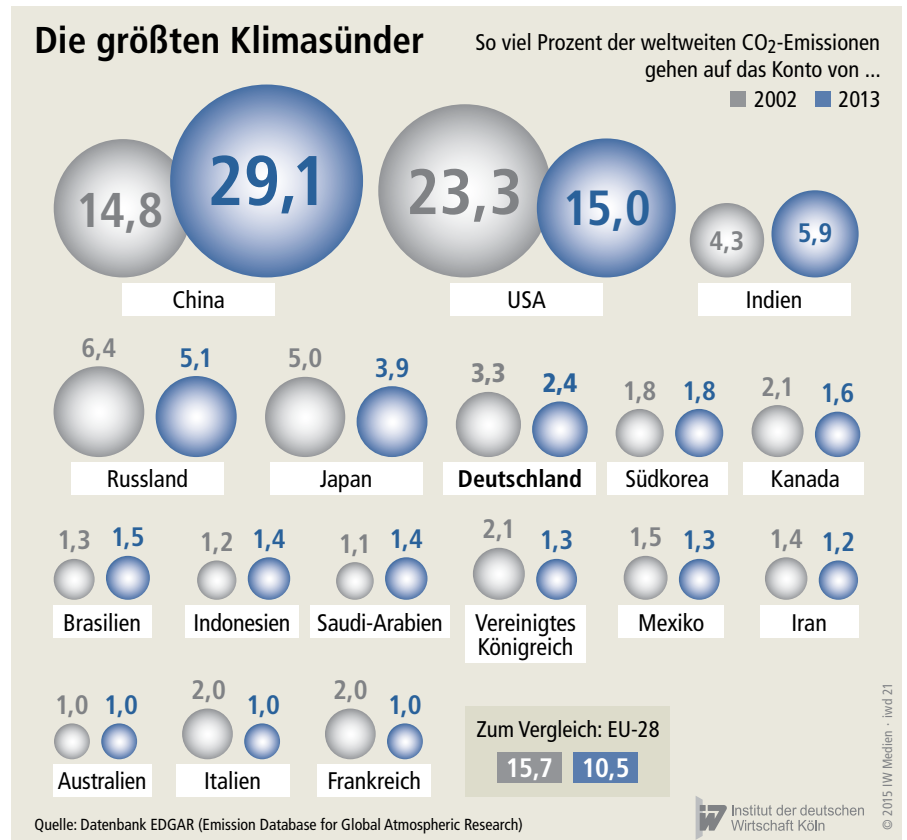
„Nur ein winziger Tropfen im Ozean“

Emissionshandel. Die EU will den Handel mit Emissionsrechten reformieren. Ab 2019 sollen die neuen Regeln greifen – und den Preis für die Verschmutzungsrechte nach oben treiben. Auf einer Veranstaltung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in Brüssel beurteilten Energieexperten die Erfolgsaussichten dieses Vorhabens jedoch ganz unterschiedlich.

Der Emissionshandel ist das zentrale Element des EU-Klimaschutzes. Seit 2005 müssen rund 11.000 Stromerzeuger und Industrieunternehmen für jede Tonne Treibhausgas, die sie verursachen, ein Verschmutzungszertifikat vorweisen. Weil die Zertifikate Geld kosten, soll dies die Betriebe animieren, in emissionsreduzierende Umweltschutztechnik zu investieren, statt in Verschmutzungsrechte. Mithilfe dieses Systems will die EU ihre CO₂-Emissionen bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 senken.

So weit die Theorie. In der Praxis hat der EU-Emissionshandel das Problem, dass die Zertifikate aktuell nur etwa 7 Euro kosten. „Dieser Preis hat keinerlei Effekte, das ist für die Unternehmen nur eine Art Steuer“, so Jesse Scott von der Internationalen Energieagentur auf einer Diskussionsveranstaltung des IW Köln zum europäischen Emissionshandel Anfang Mai in Brüssel.

Damit der Emissionshandel wieder mehr Investitionen in den Klimaschutz auslöst, hat die EU nun beschlossen, die Zahl der Zertifikate künstlich zu verknappen – das soll ihren Preis nach oben treiben und so den CO₂-Ausstoß drosseln. Von den



in Umlauf gebrachten rund 2 Milliarden Zertifikaten sollen ab 2019 ab einer Grenze von 833 Millionen Zertifikaten am Markt 12 Prozent aus dem Handel genommen werden.

Für Peter Zapfel, Mitglied der Generaldirektion Klimapolitik der EU-Kommission, ist die Einführung der Stabilitätsreserve eine „signifikante Entscheidung“. Eine willkommene Änderung, die mehr Dynamik in den Emissionshandel bringe, sind die Pläne der EU-Kommission auch für Birgitte Bay, die für das dänische Energieunternehmen Dong an der Veranstaltung teilnahm – Dong setzt vor allem auf Offshore-Windkraft und Biomasse zur Stromerzeugung.

Weitere Reformwege zeigte Hubertus Bardt auf, Leiter Wissenschaft am IW Köln. Zum einen ließen sich zusätzliche Sektoren wie der

Verkehr in den Emissionshandel integrieren, zum anderen könne man das europäische System mit anderen Emissionssystemen weltweit verknüpfen. Zurzeit praktizieren 40 Länder ähnliche Verfahren wie die EU, auch einzelne Städte und Regionen haben Maßnahmen zur CO₂-Reduktion umgesetzt. Insgesamt unterliegen rund 50 Prozent der globalen Emissionen einem regulatorischen Mechanismus.

Auf weltweite Fortschritte beim Klimaschutz hoffen alle Teilnehmer der IW-Veranstaltung mit Blick auf die UN-Klimakonferenz Ende November in Paris. Denn eines machte Jesse Scott von der Internationalen Energieagentur unmissverständlich klar: „Der europäische Emissionshandel ist nur ein winziger Tropfen im Ozean.“

Sehr viele Ältere haben Vermögen

Altersarmut. Wenn man nicht nur das Einkommen, sondern auch das Vermögen berücksichtigt, sind längst nicht mehr so viele ältere Menschen von Armut betroffen wie von der amtlichen Statistik ausgewiesen. Zu diesem Ergebnis kommen Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).

Von einer „stetig tiefer werdenden sozialen Spaltung“ spricht der Paritätische Gesamtverband in seinem Jahresgutachten zur sozialen Lage Deutschlands. Als „Verlierer“ werden neben Langzeitarbeitslosen und Kindern in einkommensschwachen Haushalten Rentner ausgemacht.

Sein Urteil untermauert der Wohlfahrtsverband mit dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamts. Demnach ist der Anteil der armutsgefährdeten älteren Bundesbürger in den Jahren 2005 bis 2013 von 11 auf 14,2 Prozent gestiegen – und damit stärker als im Durchschnitt der Bevölkerung (14,7 auf 15,5 Prozent).

Dieser Befund ist allerdings weniger alarmierend, als es auf den ersten Blick aussieht. Er belegt auch keineswegs, dass Senioren über Nacht ärmer geworden sind. Denn die Armutsgefährdungsquote misst nicht Armut im Sinne von materieller Ent-

behrung. Vielmehr geht es darum festzustellen, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Pro-Kopf-Einkommens verdient.

Wie wenig sich das Maß zur Dramatisierung eignet, macht ein Beispiel deutlich: Wenn Fachkräfte nach einer Lohnrunde mehr im Geldbeutel haben, treiben sie das mittlere Pro-Kopf-Einkommen nach oben und sofort fallen mehr Menschen unter die 60-Prozent-Grenze – auch wenn sich bei ihnen selbst materiell nichts geändert hat. Deshalb kann mit der Armutsgefährdungsquote lediglich die Frage beantwortet werden, ob die Einkommensschwachen von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden.

Zudem sorgt die Befragungstechnik des Mikrozensus dafür, dass die Einkommen zu niedrig angesetzt sind. Denn es wird nach dem monatlichen Nettoeinkommen gefragt – Sonderzahlungen wie das Weihnachts- oder Urlaubsgeld sowie Zinsen werden dann oft nicht angegeben oder vergessen.

Deshalb greifen Verteilungsforscher lieber auf die Haushaltsbefragungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zurück. Hier werden die Einkommenskomponenten ein-

zeln abgefragt – angefangen vom Gehalt über Renten und Kindergeld bis hin zu Miet- und Zinseinkünften.

Zwar haben die SOEP-Daten den Nachteil, dass sie nicht so aktuell sind wie die des Mikrozensus. Weil aber viele Einkommen – zum Beispiel Gewinne aus Beteiligungen – erst mit Zeitverzögerung beim Empfänger landen (jeder kennt das vom eigenen Sparbuch), können sie im SOEP (Frage: Was haben Sie im vergangenen Jahr verdient?) wesentlich genauer abgebildet werden als vom Mikrozensus.

Darüber hinaus berücksichtigt das Sozio-oekonomische Panel auch selbst genutztes Wohneigentum. Gerade Ältere, die ihr Haus bereits bezahlt haben und nur noch wenig in seine Instandhaltung investieren, sparen im Vergleich zu Mietern eine Menge Geld. Dieser Nettomietvorteil wird im SOEP als Einkommen verbucht.

Aus all diesen Gründen weist das SOEP für die Bundesbürger – gerade für die älteren – eine geringere Armutsgefährdungsquote aus als der Mikrozensus (Grafik Seite 5 oben):

Der Anteil der Bevölkerung, der 2012 über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügte, beträgt laut SOEP 14,4 Prozent und der Anteil der armutsgefährdeten Senioren 13,5 Prozent.

Das Vermögen der Älteren

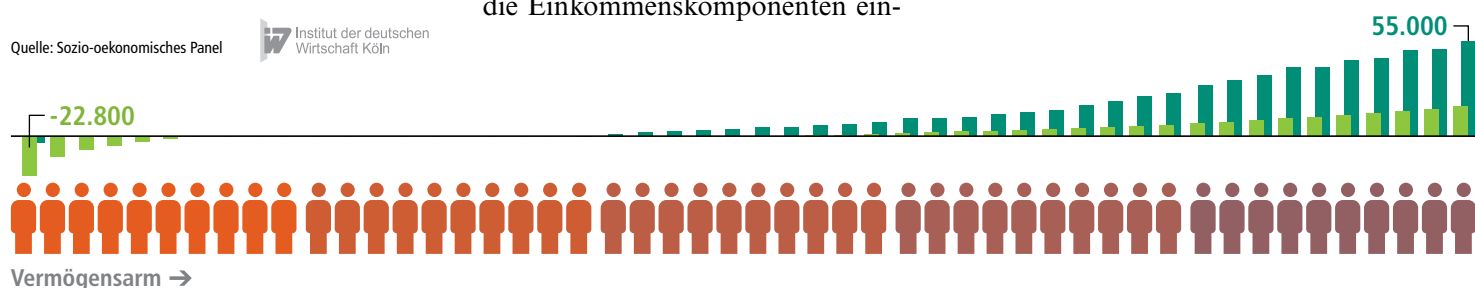
Lesebeispiel: 50 Prozent der Personen, die 65 Jahre und älter sind, verfügen über ein Nettovermögen von mindestens 55.000 Euro.

im Jahr 2012 in Euro

- Bevölkerung insgesamt
- 65 Jahre und älter

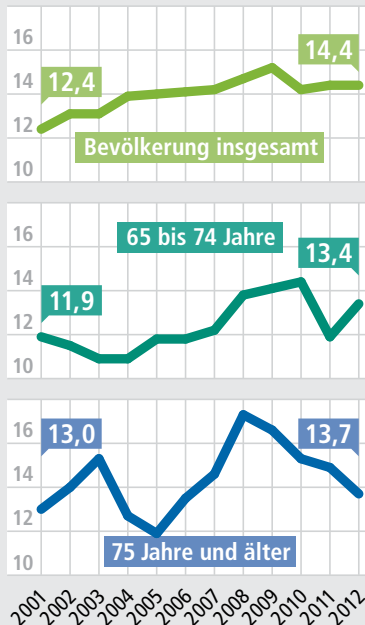
Quelle: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Senioren: Nicht ärmer als andere

Armutsgefährdungsquote in Prozent der jeweiligen Altersgruppe



Armutsgefährdungsquote: So viel Prozent der Bevölkerung haben weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfs-gewichteten Pro-Kopf-Einkommens (Median) zur Verfügung. Der Median ist genau jenes Einkommen, das die gesamte Bevölkerung in zwei gleich große Teile teilt – die eine Hälfte verdient mehr, die andere weniger; Quelle: Sozio-ökonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 21

Ohne Berücksichtigung des Nettomietvorteils läge zum Beispiel die Armutsgefährdungsquote der 65- bis 74-jährigen Bundesbürger bei 14,1 statt 13,4 Prozent und die Quote der über 74-Jährigen bei 16,3 statt 13,7 Prozent.

Dass in der Altersgruppe 75plus die Armutsquote höher ist als bei den jüngeren Senioren, hat einen leicht nachvollziehbaren Grund. In dieser Altersgruppe sind viele Allein-

lebende wie verwitwete Frauen, die ihre Lebenshaltungs- und Wohnkosten alleine tragen müssen.

Wenn man wissen möchte, wie es um die Senioren wirklich finanziell bestellt ist, darf man aber nicht nur die Einkommen betrachten, sondern muss auch die Vermögen berücksichtigen. Denn Immobilien oder Wertpapiere können im Alter als finanzielles Polster dienen. Und dabei geht es nicht nur um Kleckerbeträge:

Jeder 65- bis 74-Jährige hat im Schnitt 136.000 Euro auf der hohen Kante, bei den über 74-Jährigen sind es immerhin noch 109.000 Euro.

Gegen diesen Durchschnittswert wird immer wieder vorgebracht, dass er wenig über die tatsächliche Verteilung der Vermögen aussagt – es könnte ja sein, dass einige wenige Vermögensmillionäre vielen Habenichtsen gegenüberstehen. Dem ist aber nicht so. Denn bei den Älteren ist das Vermögen wesentlich gleichmäßiger verteilt als im Bevölkerungsdurchschnitt (Grafik unten):

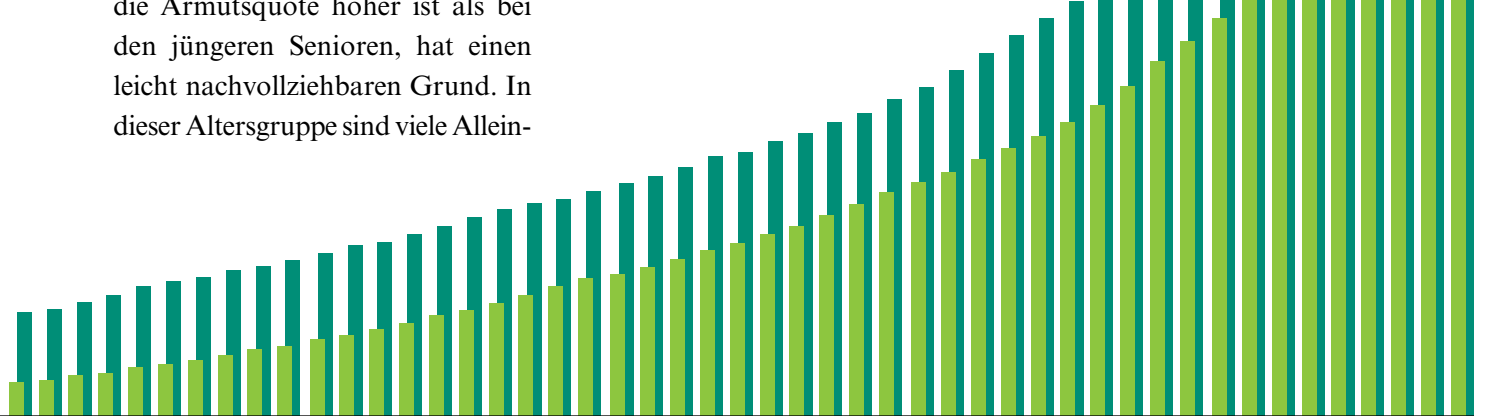
Die Hälfte der über 64-Jährigen verfügt über ein Nettovermögen von mindestens 55.000 Euro und ein Drittel über mehr als 120.000 Euro.

Dabei können auch viele von jenen Älteren, die nur eine geringe Rente oder Pension bekommen, auf

finanzielle Reserven zurückgreifen: Immerhin hat jeder Vierte über 64-Jährige, der 2011 einkommensarm war, so viel gespart, dass er sich damit für mindestens zehn Jahre finanziell über Wasser halten kann.

Bei der kombinierten Betrachtung von Einkommen und Vermögen betrug die Armutsquote der über 64-Jährigen deshalb 2011 nur 9,4 Prozent. Sie liegt damit deutlich unter der Gesamtquote, da im Durchschnitt der Bevölkerung weitaus weniger Personen auf nennenswerte Vermögen zurückgreifen können.

1.030.000



© 2015 IW Medien - iwd 21



← Vermögensreich

EU-Regionen driften auseinander

Arbeitslosigkeit. Die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten in den einzelnen Regionen der Europäischen Union haben sich in den vergangenen zehn Jahren vergrößert. Während die Zahl der Jobsucher vor allem in Deutschland und den osteuropäischen Ländern zurückgegangen ist, hat sich die Lage im Süden Europas zum Teil dramatisch verschlechtert.

Hilfen für die Krisenstaaten, Entwicklungsprogramme für strukturschwache Gebiete – die EU tut einiges, um die Gemeinschaft wirtschaftlich voranzubringen und die Lebensverhältnisse in den einzelnen Mitgliedsstaaten einander anzunähern. Trotzdem ist das Gefälle immer noch groß – das zeigt sich gerade auch beim Blick auf die Arbeitslosigkeit in den 276 Regionen der EU (Kasten).

So liegen die zehn Regionen mit den meisten Arbeitslosen allesamt in Griechenland und Spanien (Grafik):

Andalusien war 2014 mit 35 Prozent die EU-Region mit der höchsten Arbeitslosenquote – kaum besser schnitten unter anderem die Kanarischen Inseln sowie die spanischen Enklaven auf dem afrikanischen Kontinent ab.

Erst auf Platz 18 des Negativ-Rankings findet sich mit dem italienischen Kalabrien die erste Region außerhalb Spaniens und Griechenlands. Die höchste Arbeitslosenquote einer nicht südeuropäischen Region verzeichnet Brüssel auf Rang 35. Des Weiteren zählen zu den 50 schlechtesten Regionen auch solche in Kroatien, Portugal, der Slowakei sowie Zypern.

Wo die Arbeitslosigkeit insgesamt hoch ist, finden vor allem Jugendliche keine Stelle. In den spanischen Regionen Andalusien, Ceuta und Kastilien-La Mancha sind von allen

unter 25-Jährigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, mehr als 60 Prozent ohne Job. Auch in zahlreichen italienischen Regionen ist die Jugendarbeitslosigkeit hoch – selbst dort, wo die Arbeitslosenquote insgesamt moderat ist. In einigen rumänischen, belgischen und britischen Regionen stehen ebenfalls viele junge Menschen ohne Job da.

Im Vergleich dazu ist die Situation in der Bundesrepublik geradezu paradiesisch:

Neun der zehn EU-Regionen mit der niedrigsten Arbeitslosenquote liegen in Deutschland – mit 2,5 Prozent schneidet Oberbayern am besten ab.

Selbst die Region Berlin, die mit 9,8 Prozent zuletzt die höchste Quote innerhalb Deutschlands hatte, erreichte in der Rangliste der 276 Regionen in der EU immerhin noch Platz 95.

Neben deutschen Regionen zählen auch Prag sowie einige österreichische und britische Regionen zu den Spitzenreitern mit Arbeitslosenquoten von unter 4 Prozent – was unter Ökonomen als Vollbeschäftigung gilt.

In Deutschland, Österreich und den Niederlanden sind zudem relativ

wenige Jugendliche ohne Arbeit – und zwar selbst dort, wo der Arbeitsmarkt insgesamt nicht so rundläuft. Im niederländischen Flevoland zum Beispiel war die Arbeitslosenquote zuletzt mit gut 10 Prozent ähnlich hoch wie im italienischen Ligurien. Die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen betrug in Flevoland aber „nur“ 18 Prozent – gegenüber 45 Prozent in Ligurien.

Wenig überraschend: In Regionen mit geringer Arbeitslosigkeit sind die Beschäftigungsquoten oft hoch:

In Oberbayern beispielsweise sind 79 Prozent aller 15- bis 64-Jährigen erwerbstätig – deutlich mehr als im EU-Durchschnitt von 65 Prozent.

Ein überdurchschnittlich hoher Beschäftigungsstand findet sich auch in Teilen Schottlands, in Mit-

Arbeitslosigkeit in der EU: Die Extreme



telengland sowie in Schweden. In den süditalienischen Regionen Kalabrien, Kampanien und Sizilien dagegen stehen weniger als 40 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Beruf – zudem ist die Quote in den vergangenen zehn Jahren noch deutlich gesunken.

Vergleicht man die Arbeitsmarktsituation heute mit jener vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, dann zeigt sich, dass der Süden Europas nicht immer das Sorgenkind war.

Im Jahr 2004 standen viele griechische Regionen recht gut da – mit 6 Prozent war die Arbeitslosenquote auf Kreta damals sogar niedriger als in Tübingen.

Seither allerdings hat sich die Quote in der schwäbischen Universitätsstadt mehr als halbiert, wäh-

Die Regionen der EU

Die europäische Statistikbehörde Eurostat teilt die Regionen der EU-Mitgliedsstaaten gemäß einer Systematik ein, die sich an die unterschiedlichen Verwaltungsebenen anlehnt. Demnach gibt es drei Ebenen: eine mit 98, eine mit 276 und eine mit 1.342 Regionen, die jeweils über die Ländergrenzen hinweg bezüglich ihrer Größe einigermaßen vergleichbar sein sollen. Die hier betrachteten Regionen der Ebene zwei haben in der Regel zwischen 800.000 und drei Millionen Einwohner. In Deutschland bestehen diese Regionen meist aus den Regierungsbezirken oder den (kleineren) Bundesländern.

rend sie auf der griechischen Insel auf 24 Prozent gestiegen ist – damit belegt Kreta heute Platz 260 im EU-Ranking der 276 Regionen.

Aragon in Spanien und die Algarve in Portugal gehören ebenfalls zu den Regionen, in denen sich die Arbeitslosenquote zuletzt dramatisch erhöht hat. Spanien hatte allerdings bereits in den 1990er Jahren mit Quoten von mehr als 20 Prozent zu kämpfen. Bis 2007 war es dann gelungen, die Arbeitslosigkeit auf 8 Prozent zu drücken – bevor die Schuldenkrise den spanischen Ar-

beitsmarkt wieder um Jahrzehnte zurückgeworfen hat.

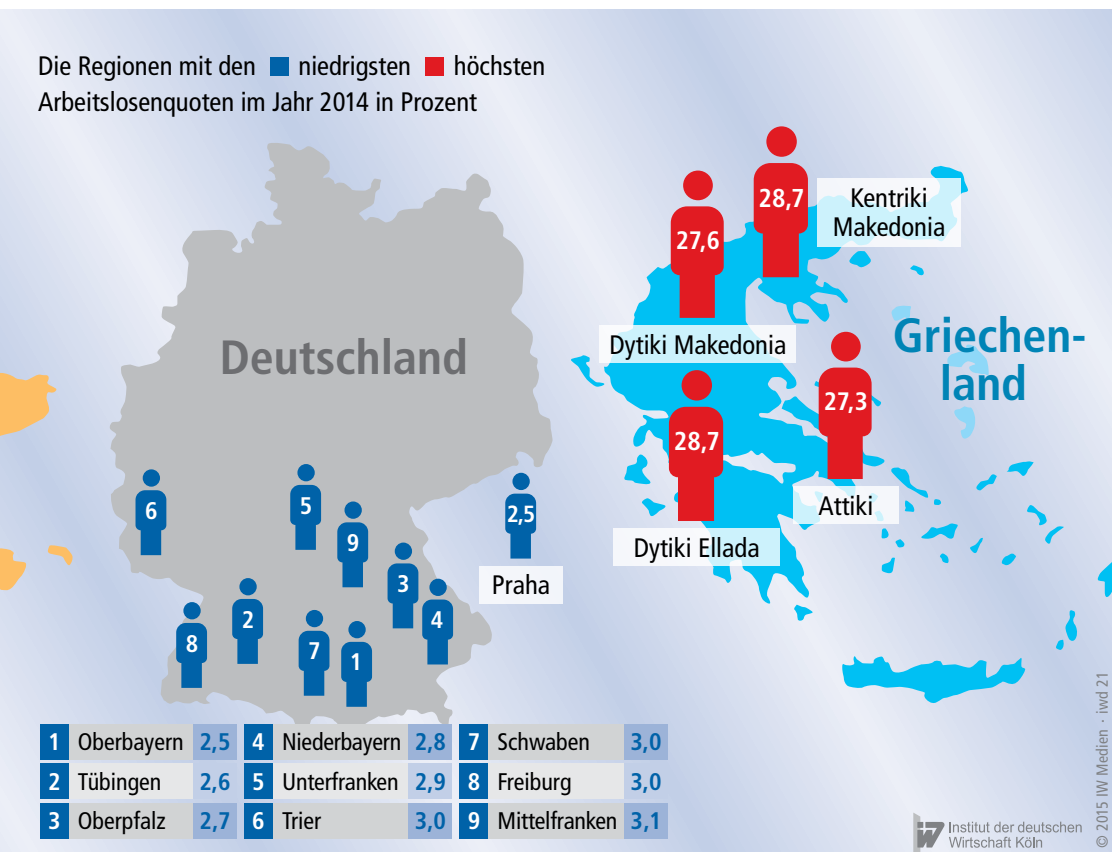
Nordwesteuropa dagegen ist – mit Ausnahme Irlands – in letzter Zeit von einer größeren Arbeitsmarktkrise verschont geblieben. Zwar ist die Arbeitslosenquote auch in einigen britischen Regionen – Wales und Yorkshire – sowie in Teilen der Niederlande – etwa in Zuid-Holland – seit 2004 spürbar gestiegen. Doch aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus liegen die Arbeitslosenquoten dieser Regionen nach wie vor unter dem EU-Mittelwert.

Einen kräftigen Rückgang der Quote verzeichneten neben den deutschen vor allem viele polnische Regionen:

Am deutlichsten verbessert hat sich die westpolnische Region Lubuskie – dort ging die Arbeitslosenquote von 25 Prozent im Jahr 2004 auf 8 Prozent im Jahr 2014 zurück.

Ähnlich stark rückläufig war die Arbeitslosenrate in Niederschlesien und Westpommern. Merklich verringert hat sich die Arbeitslosigkeit aber auch in anderen Regionen Osteuropas – zum Beispiel im tschechischen Prag, im Westen Rumäniens und in Teilen der Slowakei.

Die Regionen mit den ■ niedrigsten ■ höchsten Arbeitslosenquoten im Jahr 2014 in Prozent



Vollzeit-Berlinerinnen

Arbeitsmarkt. In Deutschland sind die Jobs regional höchst unterschiedlich verteilt. In vielerlei Hinsicht läuft es im Süden am besten, bei der Integration von Frauen in Vollzeitbeschäftigungen liegt jedoch der Osten vorn.

Frauen sind heute wesentlich häufiger erwerbstätig als noch vor 15 Jahren: 1998 gingen erst 56 Prozent der Frauen im Erwerbsalter einer Arbeit nach, 2013 waren es bereits mehr als zwei Drittel. Diese Ausweitung ist vor allem auf die vielen neuen Teilzeitstellen zurückzuführen. Während sich der Anteil der Frauen in Vollzeit an der weiblichen Erwerbsbevölkerung zwischen 1998 und 2013 kaum verändert hat, ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten von 18 auf 30 Prozent gestiegen.

Zum Teil ist diese Entwicklung auf die Gesetzgebung zurückzuführen. Im Jahr 2001 hat die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder ein Recht auf Teilzeit ein-

geführt, das unter anderem auch die Gleichstellung fördern sollte. Seitdem kann der Wunsch auf Teilzeit vom Arbeitgeber nur dann abgewiesen werden, wenn wichtige betriebliche Gründe dagegen sprechen.

In einer kuriosen Umkehrung der Argumentation erklären heute manche Skeptiker Teilzeit jedoch zu einem arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Problem. Sie unterstellen, dass die meisten Frauen unfreiwillig in Teilzeit arbeiteten. Tatsächlich geben aber nur 14 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen an, keine Vollzeitbeschäftigung gefunden zu haben (vgl. iwd 17/2015). Die meisten Frauen mit Teilzeitjobs wollen schlichtweg keine Vollzeitstelle, entweder wegen persönlicher Verpflichtungen (24 Prozent) oder aus anderen Gründen (24 Prozent).

Dass es eben nicht die fehlenden Vollzeitstellen sind, die der Teilzeit den Weg ebnen, zeigt ein regionaler Vergleich: Denn wäre das so, dann müssten Frauen vor allem dort Vollzeit arbeiten, wo der Arbeitsmarkt die besten Voraussetzungen dafür bieten würde – etwa in Bayern (Grafik). Tatsache ist aber:

Die höchsten Vollzeitquoten haben Frauen in Berlin und in den neuen Bundesländern – obwohl es dort in Relation zur Zahl der Arbeitslosen die wenigsten Vollzeitstellen gibt.

Wie viel Frauen arbeiten

Von 100 Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren waren im Jahr 2013 so viele erwerbstätig

■ Vollzeit ■ Teilzeit

Berlin	43	22	65
Brandenburg	41	23	64
Mecklenburg-Vorpommern	40	21	61
Thüringen	40	22	62
Sachsen	39	23	62
Sachsen-Anhalt	39	22	61
Hamburg	36	27	63
Bayern	32	32	64
Baden-Württemberg	30	32	62
Niedersachsen	30	32	62
Schleswig-Holstein	30	30	60
Bremen	29	28	57
Hessen	29	30	59
Rheinland-Pfalz	29	32	61
Nordrhein-Westfalen	28	29	57
Saarland	28	29	57

Vollzeit: 32 Stunden und mehr
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 21

Dafür gibt es mindestens zwei Ursachen: Zum einen ist die Kinderbetreuung im Osten besser ausgebaut als im Westen. In Frankfurt an der Oder zum Beispiel werden 63 Prozent der unter Dreijährigen in einer Kita oder von einer Tagesmutter betreut, in Mönchengladbach dagegen nur 16 Prozent. Aber auch kulturelle Unterschiede dürften eine Rolle spielen. Die Frauen in Ostdeutschland gingen schon vor der Wende deutlich häufiger einer Arbeit nach als die Frauen im Westen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
 (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann,
 Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08
 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,
 Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
 Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich
 (außer Juli und Dezember)
 „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
 nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
 pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.